

Erste Ausgabe... Preis... 10 J. Sonntags- u. Feiertagsausgabe 20 J.

Verlagsvorw. Dresden... Die Igelballe... Die Dreifarbige... Die Igelballe...

Sächsische Volkszeitung

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsanstalt... Dresden...

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung... Dresden...

Mit wem regiert Herriot?

Die Bildung der neuen französischen Regierung

Linke oder Mitte?

Paris, 11. Mai.

Nach der Wahl des neuen Präsidenten der Republik und nach der Beisehung Doumer's, die morgen erfolgt, wird die kurze Periode des politischen Waffensstillstands durch eine rege politische Geschäftigkeit abgelöst werden.

Wiederherstellung des Kartells der Linken oder die Schaffung einer Konzentration.

Was den Ausschluß der Moringruppe und der Sozialisten nach sich ziehen müßte, in beiden Fällen ist eine Mehrheitsbildung möglich.

„Matin“ schreibt in seiner heutigen Betrachtung dieser Situation, die weißen Parlamentarier teilen der Ansicht, daß ein Koalitionsangebot Herriots an die Sozialisten praktisch ohne Folgen bleiben würde.

Es es aber dann möglich sein sollte, ohne weiteres ein Konzentrationsministerium zu bilden, wie zweifelhaft, gewiß wäre das die Inbeziehung, aber ob sie schon so kurze Zeit nach dem Wahlsieg möglich sei, müßte bezweifelt werden.

Groener zum SA-Verbot

Berlin, 11. Mai.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung, über deren Beginn wir an anderer Stelle berichten, nahm Reichsinnenminister Groener Stellung zu den Angriffen gegen das SA-Verbot.

Minister Groener legt dann seine Ausführungen fort und erklärt, es sei nicht richtig, daß die SA wegen ihrer Militärischkeit verboten worden sei.

„Ich kann hier nicht das Material vorbringen, das uns in die Hände gefallen ist, aber einiges muß einmal gesagt werden zur Erklärung der Worte, die Hitler in Lauburg gesagt hat.“

eine ziemlich starke Strömung zu Gunsten einer Uebergangslösung.

Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang an das Kabinett Chaunteps und das Kabinett Steeg in der vorigen Legislaturperiode, und empfiehlt ein Kabinett, das sich mit einer gewissen sozialistischen Unterstützung begnügen und an alle Männer guten Willens appellieren würde.

Nach der Wahl Lebruns

Paris, 11. Mai. Die gesamte Morgenpresse begrüßt Lebrun, den neuen Präsidenten der Republik, und wendet ihm anerkennende Artikel und bringt ausführliche Schilderungen seines Lebenslaufes.

Im „Populaire“ schreibt der sozialistische Abgeordnete Leon Blum, es sei nicht zu bestreiten, daß die Seite der radikalen Senatoren, die sich zu Gunsten Lebruns ausgesprochen, auf eine Konzentrationsmöglichkeit, ja sogar eine recht erweiterte Konzentration hin abgeleitet sei.

Die Sozialisten wollten keine Konzentration.

Es wollten nicht, daß die Wahlkampagne in Vergessenheit gerate, und daß der Volkswille, der durch die Wahl zum Ausdruck kam, mißachtet werde.

Nichts wird geantworte: „Das ist das Verkenntnis des Landesverrats!“

Wenn unsere Grenzen bedroht werden, dann müssen wir von jedem Deutschen verlangen, daß er sich dem Reiche zur Verfügung stellt, einschließlich der SA, und einschließlich Hitlers.

Das Verbot der SA war im Interesse der Staatsautorität notwendig; die Forderung eines Verbotes des Reichsbanners konnte dagegen nicht begründet werden.

Die SA sind gegen den Staat eingestellt, das Reichsbanner dagegen für den Staat. Wenn Abg. Goering nur für seine Partei die Vaterlandsliebe in Anspruch nimmt, so ist das eine unerhörte Annahme.

Ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staate.

(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wenn Abg. Goering nur für seine Partei die Vaterlandsliebe in Anspruch nimmt, so ist das eine unerhörte Annahme.

Nach der Rede des Ministers kam es zu einem Zwischenfall. Abg. Straßer beantragte, die Rede Groeners durch Schallplatten in Deutschland verbreiten zu lassen und eine Pause einzulegen, damit das Reichskabinett darüber entscheide, ob dieser Mann weiter die öffentliche Sicherheit in Deutschland in Händen halten könne.

Abgeordneter Dr. Bell (Zentrum)

das Wort. Er lehnte den Antrag auf Aufhebung des SA-Verbotes ab. (Fortsetzung siehe zweite Seite.)

Signale im Reichstag

Die Dienstagssitzung des Reichstages hat einige recht bemerkenswerte Momente gebracht. Bei der Länge, die die Sitzung gehabt hat, besteht allerdings die Gefahr, daß diese Momente nicht genügend beachtet werden.

Einmal die Tatsache, daß der Versuch, die alten und fäktigen Verhandlungsmethoden im Reichstag wieder einzuführen, Episode geblieben ist. Der Versuch die Sozialdemokraten wie die Nationalsozialisten in gleicher Weise bemüht haben.

Aber alles das blieb Episode. Im wesentlichen vollzogen sich die Verhandlungen des Reichstages in einer sachlichen Form, wie man sie seit langem nicht mehr gewohnt war.

Den Höhepunkt der Sitzung bildete die Rede des Reichsinnenministers Groener. Groener legte mit aller Klarheit die Gründe für das Verbot der SA-Abteilungen dar, und betonte, daß für ein Verbot des Reichsbanners kein stichhaltiges Material vorgelegen hat.

Die Stellungnahme des Ministers Groener hat der Opposition mit aller Klarheit gezeigt, daß in der Frage der Aufrechterhaltung der Staatsautorität die Regierung keine Rücksichten kennen wird.

Außerordentlich interessant war die Rede, die der nationalsozialistische Abgeordnete Straßer in dieser Sitzung gehalten hat. Man ist fast versucht zu sagen, es sei die erste sachliche Rede gewesen, die ein nationalsozialistischer Führer im Reichstag gehalten hat.

Sehr bemerkenswert war, daß Straßer diese Pläne nicht in Opposition zur Regierung vortrug, sondern ausdrücklich anerkannte, daß Dr. Brüning an alle diese Fragen mit dem besten Willen herangegangen sei.

Die Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Bell am Schluß der Sitzung nahm in vielen Punkten zu den Ausführungen Straßers Stellung. Bell brachte Bedenken gegen die Ergänzungen, die die Nationalsozialisten zu den Unternehmungen Dr. Brüning planen.

übergegangen... 105... 75... 65... 55... 95... 70... 24... SLUB Wir führen Wissen.

Sachsens Fehlbetrag über 30 Millionen

Nach dem nunmehr vorliegenden Ausweis über den letzten Monat des Rechnungsjahres 1931, dem März 1932 betragen die Gesamteinnahmen des sächsischen Staates im März 21.53 (März 1931: 21.40), die Ausgaben 25.30 (30.81), so daß sich ein Fehlbetrag von 3.47 (9.45) Mill. RM. ergeben hat. Im ganzen Rechnungsjahr 1931 (April 1931 bis März 1932) betrugen die Einnahmen 308.02 (i. V. 302.80); (nach dem Voranschlag sollten sie 401.05 Mill. RM. ohne die späteren Veränderungen erreichen). Die Ausgaben, die laut Voranschlag ebenso hoch wie die Einnahmen sein sollten, erreichten tatsächlich eine Höhe von 339.36 (336.96) Mill. RM., so daß sich ein Fehlbetrag von 31.35 (34.16) Mill. RM. im ordentlichen Haushaltsplan ergeben hat. Doch stellt diese Zahl noch nicht das Ergebnis des Rechnungsjahres 1932 dar, weil die Abschüsse der einzelnen Verwaltungsweize erst nach Wäckerabluß vorgelegt werden. Schon jetzt steht fest, daß sich der Fehlbetrag noch verringern wird. — Im Vorjahr vermehrten sich die Einnahmen im endgültigen Abschluß gegenüber dem Märzabluß um fast 25 Mill. RM., während sich die Ausgaben nur um etwa 8 Mill. RM. erhöhten. Wenn auch ein gleich günstiges Ergebnis kaum in diesem Jahre zu erwarten ist, darf man doch noch auf eine ansehnliche Verringerung des Fehlbetrags hoffen, und die kürzlich ausgesprochene Beschränkung von Vertretern der Regierung, daß sich ein Fehlbetrag von 31 Mill. RM. ergeben werde, bewahrheitet sich erfreulicherweise nicht. Man wird mit einem Fehlbetrag von 20—30 Mill. RM. zu rechnen haben.

interessen sollten sich in dieser Stunde die berufenen Führer aus allen Lagern zu neuer schöpferischer Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden."

Diese Tatsachen aus der letzten Sitzung des Reichstages sind Signale, die positive Möglichkeiten für die Zukunft erkennen lassen. Auf der rechten Seite ist die Erkenntnis durch, daß mit bloßem Kleinsagen und mit bloßer Obstruktion im Reichstag nicht mehr voranzukommen ist. Der Wille der Regierung, die Staatsautorität nicht antasten zu lassen, ist als unerschütterlich anerkannt worden. Ob sich auf dieser Grundlage Wege zu gemeinsamer Arbeit finden lassen, wird für die Entwicklung der deutschen Politik in den nächsten Monaten von entscheidender Bedeutung sein. Dpt.

Die Rede Dr. Bells

(Fortsetzung von Seite 1.)

boten ab. Es sei mit dem Gedanken der Staatsautorität schlechterdings unvereinbar, wenn sich ein Staat im Staate bilde und militärische Kampforganisationen mit der Weisung gegen das Staatsgebäude tätig würden. Der Einwand, daß es sich um ein einseitiges Unterdrückungssystem gegen eine bestimmte Partei handle, entbehre jeder Grundlage. Der Reichswehrminister, der durch keinen bekannten Erlass Angehörigen der Nationalsozialisten den Eintritt in die Reichswehr gemahnt habe, sei sicher gegen einen solchen Verdacht gefeit. Der Redner begrüßt die Verordnung über die Auflösung der kommunistischen Gefolgschaften. Wer dem Volke aufwärts helfen wolle, dürfe ihm kein wertvollstes Gut, seine Religion und Kultur, nicht aus dem Herzen reißen.

Für die Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse sei es von ausschlaggebender Bedeutung, wie sich im Parlament die Opposition verhalte und praktisch zur Regierung stelle. Eine Opposition, die in Wahrheit dem Volkswohl und Vaterlandsinteresse diene, muß von Staatsverantwortung und Gewissenhaftigkeit getragen sein. Andererseits darf sich eine Partei und zielbewußte Regierung nicht beirren lassen von der Parteihaftigkeit und Günstigkeit, sie muß über den Parteien stehen und mit größter Festigkeit den von ihr als richtig erkannten Weg gehen ohne Rücksicht auf die wechselnden Tagesanschaunungen und vorübergehenden Zeitströmungen. Gerade Kritik wird dem Kabinett Brüning das Zeugnis nicht vorenthalten, daß es durch Wahrung dieses Staatsgrundgesetzes kein Vertrauen im In- und Auslande gekostet und dadurch die Voraussetzung für eine erpichtliche Innen- und Außenpolitik geschaffen hat.

Der Redner wendet sich dann der Frage der Arbeitsbeschaffung zu. Er erklärt: So sehr wir anerkennen, daß Herr Ströger sich nicht auf eine negative Kritik beschränkte, sondern etwas deutlicher als bisher über gewisse positive Ziele seiner Partei gesprochen hat. Wenn wir doch auch diesen Ausführungen den Charakter von verführerischen und unerfüllbaren Illusionen nicht absprechen. Für wen soll die Arbeitsbeschaffung gelten? Hoffentlich doch für alle Kreise, für Bekleidende und Nichtbekleidende, geistige und körperliche Arbeiter. Ober sollen nur die Arbeitslosen damit beglückt werden?

Im übrigen haben wir den Beweis dafür erbracht, daß wir jede mögliche Arbeitsbeschaffung begrüßen und fördern.

Wir freuen uns, daß die Regierung das Mögliche zur Arbeitsbeschaffung tut und haben deshalb auch dem Ansehensgesetz zugestimmt. Wir bedauern nur, daß die Opposition sich dem verweigert hat.

Zu den außenpolitischen Fragen erklärte der Redner, daß der Worte genug gewechselt seien, auch der Friedensverhandlungen und Verständigungsbemühungen. Die Welt wolle endlich Frieden sehen. Jetzt stehen wir vor einer Schicksalswende, deren Bedeutung wahrlich nicht zurückgeht hinter den 4. August 1914. Losgelöst von einseitigen Bindungen und Parteinteressen sollten sich in dieser Stunde die berufenen Führer aus allen Lagern zu neuer schöpferischer Gemeinschaftsarbeit zusammenfinden. (Starker Beifall im Zentrum.)

Die Staatsgarantie für die Aeca.

Dresden, 11. Mai. Wie wir erfahren, beriet der Rechtsausschuß und der Haushaltsausschuß B des Landtages heute gemeinschaftlich erneut über die Reorganisation der Regierung über die bekannte Garantie der Sächsischen Staatsbank für die Aeca. Wie in der ersten Sitzung wurden auch die heutigen Verhandlungen für vertauscht erklärt. Sie zogen sich 2½ Stunden lang hin, dann wurde auf Antrag Kallner Vertagung beschlossen, damit die einzelnen Fraktionen Gelegenheit erhalten, zu verschiedenen von der Sozialdemokratie neu eingebrachten Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Landtagsbeginn in Württemberg.

Stuttgart, 11. Mai. Der Württembergische Landtag ist gestern als erster der am 24. April neugewählten Landesparlamente zusammengetreten. Zum Landtagspräsidenten wurde der Abg. Merz (nationaler Reichspartei) mit 52 von 80 Stimmen, zu Vizepräsidenten die Abg. Ande (Zentrum) und Pfleger (Soz.) gewählt. Die Wahl des neuen Staatspräsidenten für Württemberg soll in 14 Tagen erfolgen.

Der Wahltag in Versailles

Verailles, 10. Mai.

Senatspräsident Albert Lebrun ist im ersten Wahlgange mit 633 Stimmen von insgesamt 777 Stimmen mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Paul Faure erhielt 114, Painlevé 12 und der Kommunist Casin 8 Stimmen. Ein Teil der Abgeordneten hat Stimmenthaltung geübt.

In Versailles und auf dem Wege von Paris nach Versailles über Saint-Cloud, den nach der Wahl der neugewählte Präsident der Republik passieren wird, konnte bereits gegen 11 Uhr die Aufstellung des Militärs beobachtet werden, das in diesem Jahre in stärkerem Maße herangezogen zu sein scheint als im Vorjahre. Die Absperungen im Kongresssaal selbst und um das Schloß und den Park sind außerordentlich streng, und nur Personen mit Karten dürfen passieren. Gegen 12 Uhr begann es auch im Kongresssaal lebendig zu werden, da eine Reihe von Fraktionen noch Sitzungen abhielt. Bis jetzt ist nichts bekannt geworden, was darauf schließen ließe, daß man mit Ueberreichungen zu rechnen hätte. Jedoch ist festzustellen, daß nicht die gesamte Linke, nicht einmal die radikale Fraktion sich restlos für die Lösung begeistert, die man heute noch gefunden hat, um nach außen hin eine nationale Einigung demonstrieren zu können. Es scheint festzustehen, daß die Sozialisten für den bei der letzten Kammerwahl durchgeführten Generalsekretär ihrer Partei, Paul Faure, und nicht, wie sonst üblich, für ihren Senator grundsätzlich lebendig zu werden. Allgemein fragt man sich, ob die unzufriedenen Elemente in bürgerlich linksstehenden Kreisen sich ebenfalls zum Zeichen einer Demonstration dieser Kandidatur anschließen werden oder ob man bei diesen Parteien in stärkerem Maße als je in den früheren Jahren mit Stimmenthaltung rechnen muß.

Wenige Minuten nach 14 Uhr eröffnete der Senatspräsident Lebrun die Nationalversammlung mit der Verlesung der Dekrete. Nach alter Tradition ließ er darauf ein Papiermesser zwischen die Seiten eines geschlossenen Buches und schlug dann

den vom Schicksal bestimmten Buchstaben auf, mit dem die Abstimmung beginnen soll. Heute ist es der Buchstabe M, und als erster tritt der Abgeordnete Malou an die Urne. Der Wahltag nimmt einen eintönigen und langwierigen Verlauf. Offizielle Kandidaten sind Lebrun und die beiden bei den letzten Kammerwahlen durchgefallenen Abgeordneten Paul Faure (Sozialist) und Casin (Kommunist).

Die kurze Eröffnungssprache des Präsidenten des Nationalrats hatte folgenden Wortlaut: „Der Präsident der Republik ist tot. (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Ein Verbrechen ist verübt worden, das Frankreich in Trauer stürzt und in der ganzen Welt Mitleid erregt. Die Parlamente vieler Länder haben mich gebeten, ihnen gegenüber das Sprachrohr ihres Mitleids zu sein. Die Vorstehenden unserer beiden Kammern werden zu gegebener Zeit dem Gefühl der Volksoberkeit Ausdruck verleihen. Heute will ich mich nur in ihrem Namen vor der lokalen und vornehmen Persönlichkeit Paul Doumergs verneigen und seinen durch das Verbrechen gebeugten Angehörigen das Beileid der Nationalversammlung aussprechen.“ (Starker anhaltender Beifall.)

Die Unterstützung Lebruns durch die Rechtssozialisten, die in einer Fraktionsstellung am Vormittag beschlossen wurde, wird in den Wandelgängen des Versailles Schloßes als gutes Vorzeichen für das Zustandekommen einer zukünftigen republikanischen Konzentration bemerkt.

Kurz vor 17 Uhr wurde die Sitzung des Nationalrats wieder aufgenommen. Der stellvertretende Präsident des Senats, Jeannenin ver kündete das Ergebnis der Abstimmung. Der Präsident fragte, ob irgendein Einwand gegen die Abstimmung erhoben würde. Da das nicht der Fall war, erklärte er: „Ich erkläre den Senatspräsidenten Lebrun als gewählt zum Präsidenten der Republik.“ Das Haus erhob sich und spendete lebhaften Beifall. Lebhaftig auf den kommunistischen Bänken wurde gesifft, getrampelt und Lärm geschlagen.

Danzig vor dem Rat

Juristenkomitee soll Danzigs polnische Streitfrage schlichten

Kompromißlösungen

Genf, 10. Mai.

Der Völkerbundrat hat heute vormittag die auf seiner Tagesordnung stehenden fünf Danzig-polnischen Fragen entsprechend den Vorschlägen des Berichterstatters erledigt, mit Ausnahme des letzten wichtigsten Punktes, der sich auf die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhältnisse bezieht. Dieser letzte Punkt wird in einer späteren Sitzung der gegenwärtigen Ratstagung entsprechend den Vorschlägen eines vom Berichterstatter einzuführenden Juristenkomitees erledigt werden.

Der äußerliche Verlauf der heutigen Verhandlungen des Völkerbundsrates war wegen der verwaltungsmäßigen Komplexität der einzelnen Punkte recht unübersichtlich, da auf zahlreiche frühere Entschlüsse Bezug genommen wird. Berichterstatter für sämtliche Fragen war der englische Unterstaatssekretär Eden. Bei dem ersten Punkt „Aufsichtsbehörde im Sinne der Danziger Eisenbahnenvertragsordnungen“ kam es zu einem Austausch von Erklärungen über die Tragweite des vom Berichterstatter vorgelegten Entschlussesentwurfes, der die Entschaltung des Völkerbunds kommissars vom 12. 1. 32 bestätigt. Der Danziger Senatspräsident Dr. Jachim erklärte, er sei nicht in der Lage, diesem Entschlussesentwurf zuzustimmen, da nach seiner Ansicht in dieser Frage die Rechtslage nicht genügend geklärt sei. Auf alle Fälle halte Danzig daran, daß der Grund der Entschaltung des Völkerbunds kommissars vom 5. 9. 21, wonach die polnische Eisenbahnverwaltung keine Souveränitätsrechte im Gebiet der Freien Stadt besitzt, durch die heutige Entscheidung nicht erschüttert werde. Diese Auffassung wurde vom Berichterstatter bestätigt. Der polnische Außenminister Jaksell machte den Versuch, die Erklärung des Danziger Senatspräsidenten zum Unlutz für eine Vertagung der gesamten, auf der Tagesordnung stehenden Danziger Fragen zu nehmen, indem er erklärte, er habe geglaubt, daß in allen Punkten eine Einigung erzielt worden sei. Da dies aber nicht der Fall zu sein scheint, sei es angezeigt, den beiden Parteien Zeit zur Verständigung zu geben. Der Danziger Senatspräsident präziserte seine Erklärung dahin, daß er sich auf die Rechtslage und den Bericht bezogen habe, aber der Entschaltung des Völkerbundsrates nicht vorzuziehen wolle. Hierauf wurde die Entschaltung bei Stimmenthaltung des deutschen Vertreters angenommen.

Ohne Aussprache wurden die Berichte über die beiden anderen Eisenbahnfragen „Organisation der Eisenbahnen im Gebiet der Freien Stadt“ und „Personale Danziger Staatsangehörige im Dienste der polnischen Eisenbahnverwaltung“ angenommen. Bei dem vierten Punkt „Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen“ erklärte der polnische Außenminister, Polen brauche den Danziger Hafen. Es habe ihn benutzt und werde ihn benutzen. Seine Entschaltung liege ebenso im Interesse Polens wie in dem der Freien Stadt. Die Ausnutzung des Danziger Hafens sei aber eine Tatsache. Was die rechtliche Seite betreffe, so halte Polen an dem im Versailles Vertrag und im Pariser Abkommen von 1920 enthaltenen Grundgesetz fest, wonach die freie Benutzung des Hafens nur ein Polen zuerkanntes Recht darstelle. Der Danziger Senatspräsident erwiderte hierauf, er fasse diese Erklärung des polnischen Außenministers so auf, daß sie an dem vorgelegten Bericht und an der Verpflichtung Polens zur Ausnutzung des Danziger Hafens nichts ändere. Diese Auffassung blieb unumstritten. Beim fünften Punkt, der Zollfrage, beantragte der polnische Außenminister wiederum Vertagung auf eine spätere Sitzung, da er in dieser Frage noch keine Nachricht von seiner Regierung habe. Der Berichterstatter erklärte die Angelegenheit sei von solcher Bedeutung, daß in dieser Tagung unbedingt eine Entscheidung getroffen werden müsse. Er habe deshalb die Einsetzung eines Juristenkomitees, das in den nächsten Tagen die Rechtslage auf Grund der Entschaltung des Völkerbunds kommissars vom 19. 3. 1932 und der von Polen und Danzig vorgebrachten Argumente prüfen solle, für erforderlich gehalten.

Der polnische Außenminister, der durch wiederholte Interventionen des französischen Delegierten unterstützt wurde, wandte sich gegen die Einsetzung eines Juristenkomitees, durch

die eine gütliche Regelung zwischen den Parteien, wie das sonst üblich gewesen sei, gefährdet werde. Der Berichterstatter erklärte demgegenüber, daß er von der Bedeutung der zur Erörterung stehenden Fragen überrascht gewesen sei, und daß alles getan werden müsse, um ihre Erledigung während dieser Tagung zu sichern. Auch der deutsche Vertreter Graf Welczel unterstützte den Vorschlag eines Juristenkomitees, durch den eine Entschaltung des Rates in der nächsten Sitzung erleichtert werde. Der Danziger Senatspräsident Dr. Jachim schloß sich diesen Ausführungen an, wobei er hervorhob, daß die Frage der sogenannten direkten Aktion für das Danziger Wirtschaftsleben von größter Dringlichkeit sei. Es sei auch unmöglich, diese wichtige Frage ad Kalendas graecas zu verlagern. Die Mitarbeit der Juristen sei für eine Entscheidung notwendig und er bitte den Rat, diese Mitarbeit zu ermöglichen.

Den französisch-polnischen Wünschen wurde schließlich dadurch entgegengekommen, daß kein formaler Beschluß über die Einsetzung eines Juristenkomitees gefaßt wurde, jedoch, was praktisch gleichbedeutend ist, der Berichterstatter die Ermächtigung erhielt, juristische Sachverständige zur Ausarbeitung seines in der Woche nach Pfingsten vorzulegenden Berichts hinzuzuziehen.

Mißtrauensanträge der Wirtschaftspartei

Berlin, 11. Mai.

In parlamentarischen Kreisen des Reichstages wird am Dienstagabend ein Beschluß der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei als Senatsrat, der dahingehet, daß die Wirtschaftspartei, die bisher alle Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning abgelehnt hatte, jetzt eigene Mißtrauensanträge gegen die beiden von der Landvolkpartei gestellten Reichsminister, den Ernährungsminister Schiele und den Minister für die Osthilfe, Schlangensiefen, einbringen werde.

Wie wir dazu hören, sind diese Mißtrauensanträge weniger gegen das Kabinett Brüning gerichtet, sondern vielmehr als Demonstration gegen die Landvolkpartei gedacht, weil das Landvolk, obwohl zwei seiner Parteimitglieder dem Reichskabinett angehören, dennoch die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning nicht zugestimmt habe. Rein materiell werden die Mißtrauensanträge noch damit begründet, daß die beiden Minister zwar dem notleidenden Landvolk bei der Osthilfe ein Moratorium gewährt, die Gläubiger der Landleute aber, vor allem die Gewerbetreibenden, in der schwersten Bedrängnis belassen hätten.

Die Aussichten auf Annahme auch dieser beiden Mißtrauensanträge sind, abgesehen von ihrem demonstrativen Charakter, auch deshalb gleich Null, weil in diesem Falle die der abtretenden Mehrheit an Stelle der Wirtschaftspartei das Landvolk treten dürfte.

Dresdner Börse vom 11. Mai.

Abwärts: Die Feiertagsruhe wie auch die Unklarheit der inneren Politik brachte nur wenig Beteiligung, so daß die führenden Werte bis 1 Prozent höher lagen. Von Banken befürworteten sich Braubank um 3 Prozent, Sachsenbank um 1 Prozent, während Sachsenboden um 2½ Prozent nachgaben. Von Textilwerten blühten Blauerer Garbinnen 2½ Prozent ein, Zwilch Rammergarnsp. 8 Prozent höher. Chemische Werte mit Heilmittel + 1 Prozent gehalten. Am Markt der Verschideneen Kunststoffe + 1 Prozent besser. Von Maschinenwerten Schubert u. Salzer - 1 Prozent, Elektrische Werte mit Sachsenwerk 3½ Prozent behauptet. Am Brauerei-Markt Ritzl 2 Prozent höher. Papierwerte mit Almosa + 1½ Prozent, Stroßstoff - 5 Prozent vermindert. Von feltverzinnten losen Reichsanleihen Altschiff und Dresdner Stadtanleihe Altschiff höher. Pfandbriefe gehalten. Im weiteren Verlauf eher etwas zurückhaltend.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Zeitweise aufstrebende Winde aus Süd bis West. Nur vorübergehend stark bewölkt. Leichtes Nebel. Stärkere Tageschwankung der Temperatur. Kulturen von leichten Störungen, die gemitterartigen Charakter haben können.

Nummer

Di

Die gro

Reichs

Sigung ein

französi

spricht für

Albert Tho

eigungen

Abg. A

Esat dem

chon die

Esat durch

wirklich

Esat zum

werde aber

den Bonde

salungslös

salungsmo

und Verab

salungswid

schafflich

Wie es um

ich hier im

statische

zung. Inte

um uns a

halt bei

Apparates

Abg.

Schuldentilg

Die Opposition hat das Wort

Die große politische Aussprache im Reichstag — Bang, Straßer und Goering sprechen

Stürmische Sitzung

Berlin, 11. Mai.

Reichstagspräsident Loh gab bei Eröffnung der heutigen Sitzung ein Telegramm bekannt, in dem der Präsident der französischen Kammer dem Reichstag den Dank ausspricht für die Beileidsbekundung zum Tode von Doumer und Albert Thomas. Die erste Beratung des Schuldenentlastungsgesetzes wird sodann fortgesetzt.

Abg. Bang (Dn.) nennt es eine leere Farce, wenn der Reichstag dem Reichstag vorgeliegt wird, obwohl die Regierung jetzt schon die Absicht verkündet, im Falle seiner Nichtannahme den Reichstag durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Unter einem wirklich parlamentarischen Regime würde die Ablehnung des Gesetzes zum Rücktritt der Regierung führen müssen, Deutschland würde aber schon seit Jahren durch Notverordnungen am laufenden Bande regiert. Wir leben in einem Zustand der Verfallensperiode. Ein Reichstag, der auf sein höchstes parlamentarisches Recht, nämlich auf die gründliche Beratung und Verabschiedung des Gesetzes verzichtet, handelt selbstverleugend. (Sehr richtig! rechts.) Wir leben finanzwirtschaftlich in und von Nullspiegelungen. (Sehr richtig! rechts.) Wie es um die Gemeinden, selbst um die größten, steht, brauche ich nicht darzulegen. Und zu alledem der doch nun offensichtliche Zusammenbruch des Systems unserer Sozialversicherung. Unter diesen Umständen steht auch der neue Reichstag vor uns allein die Befreiung und Entlastung der freien Wirtschaft bei grundsätzlicher Umstellung des staatssozialistischen Apparates. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung.

Abg. Waltrusch (Volksp.) stimmt dem Schuldenentlastungsgesetz zu. Im Vordergrund stehe die Frage: Wie können wir unsere beschäftigungslosen Volksgenossen wieder zum produktiven Schaffen bringen? Ohne Abschaffung der Tribute kann unsere Wirtschaft nicht wieder in Gang gebracht werden. Wir erwarten, daß in Lausanne das „Rein“ des Reichskanzlers aufrecht erhalten wird. Eine Autarkie kommt für Deutschland nicht in Frage, denn sie würde den Lebensstandard des deutschen Volkes noch tiefer herabdrücken. Für den freiwilligen Arbeitsdienst muß mehr getan werden. Der dafür in Frage kommende Personenteil muß so ermittelt werden, daß durchschnittlich mindestens hunderttausend Erwerbslose dabei Beschäftigung finden. Wir lehnen einen weiteren Lohnabbau ab, auch wenn er sich hinter dem Schlagwort „Ausforderung der Tarifverträge“ verbirgt.

Abg. Straßer (Nat.-Soz.): Seit 1930 hat sich trotz der inzwischen aufeinander folgenden gewaltigen nationalsozialistischen Wahlen an der Reichspolitik gar nichts geändert. Die Regierung führt nur den Kampf gegen uns, nicht aber den Kampf für das deutsche Volk. Das ist staatspolitisch um so gefährlicher, als doch jedem klar ist, daß ohne die Nationalsozialisten ein erfolgreicher Reichspolitik nicht geführt werden kann. Der Ausschuss der Nationalsozialisten ist der Protest des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und Wiederherstellung des natürlichen Auskommens verweigert, weil er nur daran denkt, die Freie und Gewinne der Börse in die Höhe zu treiben (sehr. Beifall b. d. Nat.-Soz.). Viele große antikapitalistische Schlußfolgerungen, die durch das deutsche Volk geht, findet ihre Befriedigung nicht mehr in der Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben auf ihren Kongress einen viel vernünftigeren Standpunkt eingenommen als die sozialdemokratische Partei. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem im Organ der „Freien Gewerkschaften“ von Bogtinski dafür entwickelten Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsere Gedanken sind. Den Regierungsplan der Sparprämienanleihe lehnen wir ab. Er verläßt eine Lösung, die keine Rücksicht auf die deutschen Arbeiter nimmt und die für uns als unabhängige Arbeiterpartei unannehmbar ist. (Abg. Torgler (Komm.): „Sie sind doch von Thälmann und Kronprinz Wilhelm abhängig!“) Wenn Sie meine politische Tätigkeit verfolgt haben, könnten Sie einen so sinnlosen und laudummen Einwurf nicht machen! (Heiterkeit. — Fräul. Loh rügt den Ausdruck „laudummen“). Unsere Partei legt ein besseres Arbeitsbeschaffungsprogramm vor. Wir werden Arbeit schaffen durch Schaffung von Eigenheim-Siedlungen. 8 1/2 Millionen Deutscher Land in Deutschland muß drainiert werden. Hier liegt die reiche Arbeitsmöglichkeit. Noch immer sind viele Millionen Moor und Debland unbar zu machen. Hier könnte die Arbeitsdienstpflicht sich bewähren (laute Zwischenrufe der Kommunisten). Die in der freien Wirtschaft ausgeschickten Arbeiter müssen zum Tariflohn bezahlt werden. Für die übrigen Arbeiter ist die Arbeitsdienstpflicht da. Ein staatliches Regenerationswerk wird sich nicht vermeiden lassen, wenn wir endlich das Lohnproblem lösen wollen. Gegen unsere Arbeitsbeschaffungspläne wird ein Einwurf, wir seien in Deutschland zu arm, Arbeit zu schaffen. Wir antworten: Gerade weil wir arm sind, müssen wir Arbeit schaffen, um aus der Armut herauszukommen. Wir wollen die Finanzierung des Arbeitsprogramms durch eine eigene dafür bestimmte Wirtschaftsbank durchführen. Die Eriparnis an Erwerbslosenunterstützung, das Mehraufkommen an Steuern bieten die Möglichkeit für eine zusätzliche Kredithilfe, die solange unbedenklich ist wie ein harter, laubereicher Staat darüber wacht, daß damit kein Mißbrauch getrieben wird.

Wenn wir hier unser Programm vorlegen, so erkennen wir an, daß Brüning an alle diese Probleme mit dem besten Willen herangeht (sehr. Beifall b. d. Komm.). Er diebert sich an beim Zentrum, aber es war ihm unmöglich, seine Pläne durchzuführen, weil er keine ganze Kraft darauf verwenden konnte, die heterogenen Parteien zusammenzufassen, mit denen er regiert. Mit einer Vielzahl von kleinen Parteien kann man in dieser schicksalsschweren Zeit nicht regieren, sie müssen weg. (Beifall b. d. Nat.-Soz. — Unruhe). Der Mann, der in Deutschland Arbeit schaffen will, muß sich auf die Stimme des Volkes stützen können. Er kann die Politik nicht machen mit Brüning oder Hugo Wolff oder Silberberg. Diese Finanzkapitäne und Wirtschaftsführer haben verlangt. (Unruhe u. Zurufe b. d. Komm.) Regierung kann man nur mit einer Volksbewegung, die ihrem inneren unbedingten Vertrauen entgegenbringt. So haben wir gegen Sie alle unsere Bewegung aufgebaut. Zur Erfüllung unserer Pläne erhoffen wir die Hilfe des Herrgotts, das Urteil überlassen wir der Geschichte (sehr. Beifall b. d. Nat.-Soz.).

Abg. Sepp (Landvolk) schlägt sich dem nationalsozialistischen Vorkreditor in der Kritik der Wirtschaftspolitik der Regierung in vielen Punkten an. Minister Seile habe das große Wort durchgeführt, den deutschen Wirtschaftsbau in der schwersten Zeit vor dem völligen Verfall zu bewahren. Anzuerkennen sei auch die Tatsache des Ministers Schönae. Die Schuldenab-

nahmen für den bürokratischen Verwaltungsapparat hätten leider den erhofften Erfolg nicht gehabt. Das sei auf die unglückliche Zusammenfügung des Kabinetts zurückzuführen.

Damit ist die erste Beratung des Schuldenentlastungsgesetzes beendet. Die Nationalsozialisten beantragten Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß. Dieser Antrag wird im Himmelssturz mit 284 gegen 209 Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung, in der das Schuldenentlastungsgesetz gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen angenommen wird.

§ 8, der die Ermächtigung zur Sparprämien-Anleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird im Himmelssturz mit 245 gegen 221 Stimmen angenommen. In diesem Falle hat auch die Deutsche Volkspartei mit der Opposition gestimmt. — Die Dritte Beratung wird später stattfinden.

Es folgt nun die allgemeine politische Aussprache, mit der die Mißtrauensanträge und die Anträge gegen das Verbot der kommunistischen Götterdienst-Organisation und gegen die Aufhebung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schulstufen verbunden sind.

Abg. Großmann (Soz.) verliest zunächst aus der Zeitschrift „Diktatur“ die Sätze, in denen v. d. Goltz ausspricht, daß die Nationalsozialisten im Falle eines feindlichen Ueberfalls auf Deutschland sich dem Abwehrkampf nicht anschließen würden, solange noch das jetzige Regierungssystem besteht. Der Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des deutschnationalen Abg. Bang und weist darauf hin, daß die verarmte deutsche Wirtschaft heute noch immer zweieinhalbmal so viele Direktoren beschäftigt wie in der Vorkriegszeit, 100 000 Aufsichtsräte bezeichnen ein Viertel der Summe, die vier Millionen Arbeiter und Angestellten an Lohn und Gehalt erhalten. Die Verschlebung des Kapitals habe in den fortgeschrittenen Betrieben immer schlimmere Formen angenommen und der gleichen Zeit, in der Millionen von Arbeitlosen als Bettler von Haus zu Haus ziehen. In dem Verlangen der sogenannten Wirtschaftsführer diesen Erscheinungen gegenüber liegt eine fürchterliche Kanakrotterklärung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. (Beifall bei den Soz.)

In der letzten Zeit der akuten Not kann die Hilfe nicht von dem heute vorgebrachten nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm kommen, dessen Verwirklichung viele Jahre in Anspruch nehmen würde. Die Arbeitszeiterweiterung auf höchstens vierzig Stunden wöchentlich nur für alle Produktionsgruppen durchgeführt werden, auch für die Eisenindustrie, die sich noch immer dagegen sträubt. Die Anhebung der Strafen an die freien Gewerkschaften ist nicht echt. Hitler bezeichnet in seinem Buch „Mein Kampf“ die Zerstückelung der freien Gewerkschaften als das größte Ziel seiner Bewegung. Wir betrachten unsere Gewerkschaften nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu dem Zweck der Hebung der Wehrkraft der Arbeiterklasse und der Volksgesundheit.

Abg. Goering (NSDAP) Das Kabinett Brüning, das als „Kabinett der Frontaloffen“ vorgestellt hat, ist tatsächlich ein Kabinett der Unwissenheit. Die Regierung, das auf allen Gebieten verlagert und alle Hoffnungen enttäuscht hat, sprechen wir in seiner Gesamtheit unser Mißtrauen aus. Es ist nicht möglich, an internationalen Verhandlungen mit Erfolg teilzunehmen, wenn im Innern nicht eine kräftige öffentliche Politik gemacht wird. Die bei diesen Verhandlungen erteilte Forderung Frankreichs ist nicht ein Verdienst Brünings, sondern sie ist trotz und gegen das Kabinett Brüning herbeigeführt worden. (Gelächter.) Brüning und Goerner haben die geringe Einschätzung Deutschlands als Machtfaktor verhehelt, die sich in den Fällen Danzig und Memel gezeigt hat. Wenn ich in beiden Fällen tatsächlich der deutsche Wider-

stand durchgesetzt hat, so ist das nicht dem Kabinett, sondern der nationalen Wehr zu danken, die über die Reichsgrenzen hinausgegangen ist. Im Falle Danzig warnen wir die Mächte, die es angeht. Solange wir Nationalsozialisten da sind, wird Danzig nicht in polnische Hände fallen. (Beif. Beifall bei den Nat.-Soz.)

Das Verbot der SA und SS betrachten wir als die moralische Abrüstung des nationalen Freiheitswillens durch die Regierung. (Beifall b. d. NS.) Diese Sturmabteilungen und Schutzstaffeln sind keine Privatarmee, sondern sie dienen ausschließlich dem Schutz unserer Partei gegen den Mordbrenner der Weimer. (Beifall b. d. NS. Unruhe und Zwischenrufe links.) Wenn das Material Gevatings erst gerichtlich geprüft ist, wird die Beschuldigung des Landesverrats gegen unsere Organisationen in nichts zerfallen. Wir wollen doch die Reichsgrenzen achten, für Landesverrat sind Sie (zu den Soz.) zuständig!

Diese Heuherung führt zu stürmischen Protestkundgebungen der Sozialdemokraten. Mehrere Sozialdemokraten rufen: „Dieser Lump will uns beschimpfen!“

Vizepräsident Esser ruft den Abg. Goering wegen seiner letzten Bemerkung zur Ordnung. Einige Sozialdemokraten rufen: „Das genügt nicht, der Lump muß raus!“ Vizepräsident Esser: „Wir haben nun anderthalb Tage lang ruhig verhandelt und wollen doch nun weiter ruhig bleiben!“

Abg. Goering (NSDAP) fährt fort: Es ist bestritten worden, daß das Verbot der SA auf ausländische Einflüsse zurückzuführen ist. Ich richte an den Reichskanzler die Frage, ob es richtig ist, daß der Reichskanzler v. Hoehs in wiederholten Telegrammen darauf hingewiesen hat, daß das Verbot der SA für die Verhandlungen dringend notwendig sei?

Reichskanzler Dr. Brüning: Diese Frage kann ich sofort dahin beantworten, daß in keinem Telegramm des Reichskanzlers von Hoehs von einem Verbot der SA, auch nur die Rede war. (Beif. hört! hört! und Ruhe links: „Schon wieder eine nationalsozialistische Lüge zerplatzt!“)

Abg. Goering fährt fort: Während die SA verboten wird, läßt man das „Reichsbanner“ bestehen, das zum größten Teil aus Sozialdemokraten besteht, also aus Angehörigen einer Partei, die die Kriegsverbrechenverweigerung proklamiert hat.

Bei den Sozialdemokraten steht hierbei ein neuer Protestrum ein. Abg. Söllmann (Soz.) ruft: „Sie sind ein Lügner!“ — Abg. Dr. Fried (N.-Soz.) ruft zum Vizepräsidenten Esser: „Söllmann muß zur Ordnung gerufen werden!“ — Abg. Söllmann (Soz.) ruft: „Ja, ich habe Goering wegen seiner verlogenen Behauptung meiner Partei einen Lügner genannt und wiederhole das!“

Vizepräsident Esser ruft den Abg. Söllmann zur Ordnung.

Abg. Goering fährt fort: Ohne die SA wäre die Ordnung im Innern überhaupt nicht hergestellt worden. Die Nationalsozialisten werden Deutschlands Grenzen schützen, aber sie werden vorher mit den Verrätern im Innern aufräumen.

Als der Berliner Volkspartei-Vizepräsident in der Nähe des Reichstageshauses hörbar wird, rufen die Nationalsozialisten laut: „Jüder ist da!“ „Raus mit Jüder!“ Der Vize ruft sich erst, als Abg. Goering seine Parteigenossen zur Ruhe mahnt. Abg. Goering richtet dann weitere Angriffe gegen die Sozialdemokraten unter allgemeiner Unruhe, die in allgemeinen Gelächter übergeht, als Vizepräsident Esser sagt: „Ich erlaube den Abgeordneten, sich zu melden, der leeren Redner „Mörder Hammer“ genannt hat!“ Ein Sozialdemokrat meldet sich und wird zur Ordnung gerufen. Auf die Frage des Vizepräsidenten, wer „Jüder“ gerufen habe, melden sich fast alle Nationalsozialisten. Sie werden zur Ordnung gerufen.

Nach Goering erhält Reichsinnenminister Goerner das Wort zur Begründung des SA-Verbots. Wir berichten über die Rede Goeners und über die darauf folgende Rede des Zentrumsoabgeordneten Dr. Bell an anderer Stelle.

Kritik an der Justiz

Die Aussprache über die Rechtspflege im Sächsischen Landtag

Dr. Mannsfeld antwortet

Zu Beginn der Dienstag-Sitzung des Sächsischen Landtages verlangte der kommunistische Abg. Sindermann die sofortige Beratung von Anträgen, die sich auf die Herabsetzung der Fürsorgerrichtsprüche und die Erwerbslosenunterstützung in Leipzig und Chemnitz beziehen. Präsident Wetzel lehnte das Verlangen ab mit der Begründung, daß die geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzungen nicht gegeben seien.

Abg. Böschel (Soz.) verlangte die Verlegung des Landesgerichtsdirektors Hoffmann in Chemnitz und die Einstellung besonders befähigter und verfassungstreuer Richter. Der Grund für diese Forderungen sei die Ablehnung staatsparteilich eingestellter Richter, des Landesgerichtsdirektors Brodau und des Landesgerichtsrats Dr. Cohn, durch den Verteidiger von Nationalsozialisten, die wegen Körperverletzung an Kommunisten angeklagt waren. Dieser Ablehnung habe Landesgerichtsdirektor Hoffmann stattgegeben mit der Begründung, daß Brodau und Cohn Mitglieder der Staatspartei und beide öffentlich gegen die Nationalsozialisten aufgetreten seien. Dieser Beschluß widerspreche der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Abg. Bretschneider (Staatsp.) fragte die Staatsregierung, ob sie die in dem Hoffmannschen Beschluß aufgestellten Grundzüge billige und was sie tun wolle, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholten.

Abg. Edel (Soz.) begründete einen Antrag, wonach die Staatsregierung die Verwaltungsbehörden und die zuständigen Staatsanwaltschaften anweisen soll, gegen das Treiben der Nationalsozialisten mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Der Redner behauptet unter Bezug auf angebliche Vorkommnisse in der Umgebung von Dresden, daß die Nationalsozialisten ganz offenbar begünstigt und für strafbare Handlungen nicht zur Verantwortung gezogen würden. Abg. Liebmann (Soz.) trug eine Anfrage vor, die sich gegen die angeblich geschwindige Verteidigungsformel der SA-Leute wendete.

Justizminister Dr. Mannsfeld erklärte, daß eine unfeindliche Verlegung des Landesgerichtsdirektors Hoffmann gesehlich nicht gerechtfertigt werden könne, da tatsächliche

Verhältnisse, die eine Befähigung der Rechtspflege ergeben würden, nicht vorlägen. Das große Gut der Unabhängigkeit der Richter müsse gerade in der heutigen Zeit unverfehrt erhalten bleiben, möge auch dem einen oder dem anderen Richterpruch nicht in jedem Falle zugestimmt werden können. Der Hoffmannsche Beschluß über die Ablehnung der beiden Richter erbe auch nach Aufhebung des Justizministeriums zu Bedenken Anlaß; das Justizministerium könne ihm nicht zustimmen. Das Ministerium könne allerdings verfassungsmäßig an der ergangenen Entscheidung nichts ändern, auch ein Vorgehen gegen die beteiligten Richter scheide aus. Das Ministerium habe aber die Staatsanwaltschaft in Chemnitz mit Weisungen zur Geltendmachung seiner Anschauung versehen. Die von Dr. Ziel in Berlin gehaltenen Rede sei in verschiedenen Wendungen zu beanstanden gewesen und der Disziplinar Senat des Oberlandesgerichts habe auf einen Verweis erkannt, den das Justizministerium befristete. Was den Liebmannschen Antrag betr. die Verteidigungsformel der SA-Leute betreffe, so sei zu erklären, daß ein Behorlam in bezug auf ungesetzliche Handlungen von den SA-Leuten nicht verlangt und verbrochen werde.

In der Aussprache setzte sich Abg. Wallner (Volksp.) für die volle Unabhängigkeit der Richter ein, während der kommunistische Abg. Sindermann die sofortige Amtsenthebung des Landesgerichtsdirektors Hoffmann und dessen Verlegung in den Anklagezustand verlangt. Abg. Bretschneider (Staatsp.) begrüßt die Erklärung des Justizministers, bedauert aber, daß nicht schärfere Maßnahmen gegen die Verantwortlichen möglich seien. Abg. Dr. Hickmann (DVP) wünschte, daß das Justizministerium Maßnahmen ergreife, um die Autorität der Justiz fester aufzurichten.

Sämtliche Anträge gehen auf Wunsch der Regierung dem Rechtsausschuß zu.

Einstimmig angenommen wird nach kurzer Aussprache ein volksparteilicher Antrag auf Befassung der bisherigen Regelung der ersten juristischen Staatsprüfung, so lange Preußen den Bedingungen des Länderabkommens vom September 1930 nicht entsprochen habe.

Nächste Sitzung am Donnerstag, 12. Mai, vormittags 11 Uhr.

Notizen

Zum Tode von Albert Thomas.

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, ist vor wenigen Tagen plötzlich gestorben. Mit ihm ist eine der markantesten Persönlichkeiten des internationalen Lebens dahingeküht.

Thomas gehörte weltanschaulich einem anderen Lager an als wir. Männer von der Offenheit seines Blickes werden in unserer Zeit der Parteipolitik immer seltener.

„Reinung ist ein Doppelweien“.

Wir bitten um Entschuldigungen, aber wir müssen schon wieder die „Reinung“ besprechen. Am Sonntag haben die VVN, Brüning nach Strich und Faden schicht gemacht, hatten behauptet, ihm liege nicht die Tat, sondern nur das „Fortwursteln“.

Die VVN hätten offenbar verstanden, daß diese Wandlung eigentlich die Folgerichtigkeit vermissen läßt. Es leidet kein Lob der ungenutzten Rede Brünings mit folgendem köstlichen Schlußsatz ein:

Wie wir zu Brüning stehen, wissen unsere Leser. Wir haben diese unsere Einstellung erst am Sonntag ausführlich dargestellt und begründet. Wenn sich aus ihr die Schlußfolgerungen nicht nach Anweisung des Bibelwortes ableiten lassen: „Eure Rede aber sei: Ja, ja — Nein, nein“, so ist das nicht unsere Schuld.

Brüning ist ein Doppelweien, sozusagen ein farnesischer Zwilling der Politik, und die VVN, hätten das Bedürfnis, den einen der Zwillinge zu streifen, wenn sie eben den andern gepreßt haben.

Leipzig und Umgebung

Zerlegungsfunktionäre vor dem Reichsgericht

Wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterföhrung einer staatsfeindlichen Verbindung im Sinne des Reichsverfassungsgesetzes verurteilt der 4. Strafsenat des Reichsgerichts am Dienstag den Buchdrucker Hans Neumeister aus Leipzig-Schleier zu einem Jahr zwei Monaten Festung unter Aufrechnung der ersten Unterföhrungshaft mit 8 Monaten und 1 Woche.

Konjervatorium Leipzig

Leipzig. Fortgeschrittene Schüler und Schülerinnen der angesehenen Studiennanstalt legen in diesen Tagen auf der im Sonderlocher errichteten schmalen Bühne Proben, sagen wir Weise ihres Könnens ab.

Dienst an der Heimat

Hauptversammlung des Verkehrsverbandes Mittellauflicher Bergland

Am Montag Nachmittag hielt der Verkehrsverband Mittellauflicher Bergland bei Harter Beteiligung der angeschlossenen Gemeinden und Vereine im Ratskeller zu Sohland-Spree seine diesjährige

Hauptversammlung

ab. Herr Bürgermeister Vogt, Schirgwalde, konnte mit Befriedigung auf die bisherigen Erfolge der hiesigen Verkehrsverbände hinweisen. Zeigen doch die meisten der großen Sommerfahrgebiete eine fallende Frequenz, während sich im Mittellauflicher Bergland die Zahl der Fremdenbesucher in dauernd ansteigender Linie bewegt.

Lehrverein Taubenheim und Herren Sautsch vom Mönchswalder Berg. Hierauf warb Herr Swoboda für rege Beteiligung an dem für den 5. Juni geplanten Markt- und Trachtenfest in Bauen.

Tagung der sächsischen Hebammen in Bauen

Bauen, 10. Mai. Am Dienstag hielt der Bund Sächsischer Hebammenvereine e. V. (Sitz Leipzig) in Bauen seine Jahreshauptversammlung ab, zu der Vertreterinnen der einzelnen Hebammenvereine aus allen Teilen Sachsens erschienen waren.

Bater geehrt haben will, nicht der Polizei angemeldet hat.

Bei Neumeister, der seit März 1929 der SPD angehört und Funktionen als politischer Leiter einer Strafzelle sowie als Literaturmann bekleidet hat, war am 1. September 1931 eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden.

Trotz des jugendlichen Alters des Angeklagten hielt der Senat ihn für hinreichend einmündig in die Ziele und die Organisation der SPD, um bei ihm sogar eine bewusste Unterstützung des staatsfeindlichen, in erster Linie mit der Zerlegung der staatlichen Machtmißel des funktionsfähigen Reichsgerichts anzunehmen.

Großer Fackelzug für Professor Morawik. Bekanntlich hat Professor Dr. Paul Morawik vor einiger Zeit einen Ruf nach Wien und kürzlich einen ehrenvollen Ruf nach Berlin angelehnt.

Tödlicher Verkehrsunfall. Ein mit zwei Personen besetztes Motorrad stieß bei Nacht auf der Torgauer Straße mit einem Radfahrer zusammen. Der als Sozialis mitfahrende Walter Urath aus Eilenburg stieg über den Kopf des Führers gegen einen Straßenschwall.

Kiefa. Eine altslawische Wohnstätte ausgetreten. Beim Anlegen eines Spargelbades in Glandsch ließ man auf eine umfangreiche Fundamentierung aus Bruchsteinen und sand Ecken sowie Bruchstücke eines Ringes und eines Rechenwagens.

Das Arbeitsamt Borna betreut 5428 Arbeitsuchende. Nach den Erhebungen am 1. Mai betrug die Zahl der Arbeit-

suchenden 5428. Davon beziehen 2907 Personen Wohlfahrtsunterstützungen.

Aus der Lausitz

Aus dem Baurner Kreisauschuß

Am Baurner Kreisauschuß stellte Kreisobmann Dr. Maentig fest, daß die Auflösung der Kreisobmannschaft Bauen nunmehr endgültig auf den 1. Juli dieses Jahres festgelegt sei, daß aber die Regierung beschloffen habe, den Kreisauschuß zur Erledigung der zur örtlichen Zuständigkeit dieses Bezirkes gehörenden Angelegenheiten bestehen zu lassen, bis der neue Kreisauschuß für die Kreisobmannschaft Dresden-Bauen Anfang 1933 neugewählt sein werde.

1. Bauen. Zuchthaus für einen Brandstifter. Das Baurner Schwurgericht verurteilte den 25 Jahre alten ledigen Schneider August Wittke aus Baulsch wegen Brandstiftung und Verleumdungsbetruges zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Er war angeklagt, am 5. April 1928 das Wohnhaus seines Vaters, des Landwirts Hermann Wittke in Baulsch, vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben.

Bauen. 1000 Rüden verbrannt. In Brechen brannte die Hühnerfarm des Landwirts Georg Werlich vollkommen nieder. Etwa 1000 zwei bis acht Tage alte Küken sowie acht Hühner kamen in den Flammen um. 3500 Eier, die sich teils im Brutofen befanden, teils zum Versand bestimmt waren, wurden ebenfalls vernichtet.

erbrachte, daß das Konservatorium wertvolle Kunstarbeit leistet und in musterhafter Weise einen gediegen ausgebildeten Nachwuchs für Oper und Konzert liefert. Immer wieder hat man eine kleine Freude an diesen jungen, werdenden, so überaus fleißigen Künstlern.

dieser ausgezeichneten Chorvereinigung wieder in den Dienst der Konzertpflege stellte. Bekanntlich fordert ein Teil der Choraliteratur einen besonders geschulten Vokalchor, um die schwierigen Tonlage einwandfrei wiedergeben zu können.

Was wir hören: Am Montagabend bot der Mitteldeutsche Rundfunk eine Sendung, die sicherlich allen, die sie anhörten, für lange in Erinnerung bleiben wird. Wir alle wissen noch von der schlimmen Gubenkatastrophe in einem oberdeutschen Bergwerk in der ersten Januarwoche dieses Jahres.

Dresdner Konzerte

Konzert der Vokalkapelle. Eine ganze Reihe von Jahren hat die Vokalkapelle nicht mehr öffentlich gesungen. Am 10. März war es, daß sich Karl Maria Pembaur mit

Victoria

Die Geschichte einer Liebe

Rechtsdruck vorbehalten) Copyright by Langen-Müller, München (12. Fortsetzung)

Er zerriß seinen Brief, schreibt einen neuen und dankt ja, er würde kommen. Eine innere Festigkeit läßt seine Hand zittern, eine eigenartige frohe Blüthezeit erfährt ihn. Weshalb sollte er nicht hingehen? Weshalb sollte er sich verbergen? Basta.

Seine ungehörige Gemütsregung geht mit ihm durch. Mit einem Ruck reißt er eine Handvoll Blätter von seinem Wandkalender ab und verfehlt sich eine Woche weiter vor in der Zeit. Er bildet sich ein, daß er über irgend etwas froh ist, über alle Mähen entzündet ist, er will diese Stunde genießen, will eine Pfeife anzünden, sich hinsetzen und sich freuen. Die Pfeife ist nicht in Ordnung, vergebens sucht er nach einem Messer, einem Pfeifenputzer, und nimmt plötzlich den einen Zeiger der Uhr im Winkel herunter, um die Pfeife damit zu reinigen. Es tut ihm gut, diese Zerstückung anzusehen, sie bringt ihn innerlich zum Lachen, und er spürt umher, ob er noch sonst etwas zerstückern könnte.

Die Zeit vergeht. Schließlich wirft er sich vollständig angezogen in seinen nassen Kleidern aufs Bett und schläft ein.

Als er erwacht, war der Tag weit vorgeschritten. Es regnete immer noch, die Straße war naß. Sein Kopf war ganz wirt, Bruchstücke der Träume aus dem Schlafe vermischten sich mit den Erlebnissen des getriggerten Tages; er verspürte kein Fieber, im Gegenteil, seine Hitze hatte sich gelegt, ein Gefühl der Kühle umfing ihn, als sei er die ganze Nacht durch einen schwülen Wald gewandert und bestände sich jetzt in der Nähe eines Sees.

Es klopf, der Postbote bringt ihm einen Brief. Er öffnet ihn, liest ihn an, liest ihn und kann ihn nur schwer verlesen. Der Brief war von Victoria, ein Zettel, ein halber Bogen! Sie habe vergessen, ihm zu erzählen, daß heute Abend zu Seiers gehe, sie möchte ihn dort treffen, sie wolle ihm eine bessere Erklärung geben, wolle ihn bitten, sie zu vergessen, es wie ein Mann zu tragen. Entschuldigend Sie das schlechte Papier, freundliche Grüße.

Er ging in die Stadt, spielte, ging wieder heim und schrieb endlich eine Abfrage an Seiers, er könne nicht kommen, möchte aber gerne ein anderes Mal kommen dürfen, vielleicht morgen Abend.

Diesen Brief sandte er durch einen Boten.

5

Jetzt kam der Herbst, Victoria war heimgereift, und die kleine abgelegene Straße lag wie früher mit ihren Häusern und ihrer Stille da. In Johannes' Zimmer brannte nachts ein Licht. Es wurde am Abend mit den Sternen angeleuchtet und bei Tagesgrauen ausgelöscht. Er arbeitete und kämpfte, er schrieb an seinem großen Buch.

Wochen und Monate vergingen; er war allein und suchte niemand auf, zu Seiers kam er nicht mehr. Ost trieb seine Phantasie ein böses Spiel mit ihm und kreuzte in sein Buch nicht dazugehörige Einflüsse, die er später wieder austreiben und ausmerzen mußte. Das hielt ihn sehr auf. Ein plötzlicher Sturm in der Stille der Nacht, das Rumpeln eines Wagens auf der Straße konnte seinen Gedanken einen Stoß verfehlen und sie aus ihrer Bahn werfen.

„Achtung! Weicht dem Wagen aus!“

Weshalb? Weshalb sollte man sich eigentlich vor diesem Wagen in acht nehmen? Er rollte vorbei, jetzt ist er vielleicht an der Ecke. Vielleicht steht dort ein Mann ohne Mantel, ohne Mütze, er steht vornübergebeugt da und hält dem Wagen seinen Kopf entgegen, er will überfahren, unabwehrlich zermalm, getötet werden. Der Mann will sterben, das ist seine Sache. Er knüpft die Knöpfe an seinem Hemd nicht mehr zu, und er hat aufgehört, des Morgens seine Stiefel zuzuziehen, er läßt alles offen, seine Brust ist nackt und mager; er wird sterben... Ein Mann lag in den letzten Tagen, er schrieb

einen Brief an einen Freund, einen Zettel, eine kleine Bitte. Der Mann starb, und er hinterließ diesen Brief. Der trug Datum und Unterschrift, war mit großen und kleinen Buchstaben geschrieben, obwohl der Mann, als er ihn schrieb, in einer Stunde sterben sollte. Das war so merkwürdig. Er hatte auch den gewöhnlichen Schuldzettel unter seinem Namen gemacht, und eine Stunde danach war er tot... Es gab noch einen anderen Mann. Er liegt allein in einem kleinen holzgetäfelten und blau gestrichelten Zimmer.

Was weiter? Nichts. In der ganzen weiten Welt ist er der, der jetzt sterben soll. Das beschäftigt ihn; er denkt daran, bis er erschöpft ist. Er sieht, daß es Abend ist, daß die Uhr auf acht Uhr zeigt, und er begriff nicht, warum die Uhr nicht schlägt. Die Uhr schlägt nicht. Noch dazu ist es einige Minuten über acht Uhr, und sie tickt weiter, aber sie schlägt nicht. Armer Mann, sein Gehirn hat bereits angefangen zu schlafen, die Uhr hat geschlagen, und er hat es nicht gemerkt. Da durchschlägt er das Bild seiner Mutter an der Wand, — was soll er noch mit diesem Bild, und warum soll es ganz sein, wenn er fortgeht? Sein müder Blick fällt auf den Blumentopf auf dem Tisch, und er streckt die Hand aus und zieht langsam und nachdenklich den großen Blumentopf her, unter, so daß er zerbricht. Warum soll er dort stehen und ganz sein? Dann wirft er seine Zigarettenspitze aus dem Fenster zum Fenster hinaus. Was soll er noch damit? Es schien ihm so einleuchtend, daß sie nach ihm nicht mehr dazuliegen brauchte. Und nach einer Woche war der Mann tot.

Johannes steht auf und geht im Zimmer auf und ab. Der Nachbar nebenan erwacht, sein Schnarchen hört auf, und man vernimmt ein Seufzen, ein gemächliches Stöhnen. Johannes geht auf den Tisch hin und setzt sich wieder. Draußen vor seinem Fenster rauscht der Wind in den Pappeln und läßt ihn erschauern. Die alten Pappeln sind ihres Laubes beraubt und gleichen traurigen Wägen; einige knorrige Äste schlagen an die Hauswand und erzeugen einen knarrenden Laut, wie eine Holzschlange, ein zerbröckeltes Stampferwerk, das geht und acht.

(Fortf. folgt)

Handel und Wirtschaft

Der zweite Jahresbericht der BIZ.

Die zweite ordentliche Generalversammlung der BIZ. ist am Dienstag vormittag um 11 Uhr unter der Vorsitz von Präsident Mac Garrath zusammengetreten. Der Jahresbericht sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die vorgeschene Verteilung des Reingewinns wurden glatt genehmigt.

Am Montag nachmittag setzten die Gouverneure der Nationalbanken in einzelnen Gruppen die Erörterungen über die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens fort. Zusammen mit den aus den übrigen Mitgliederstaaten der BIZ. in Basel eingetroffenen Zentralbank-Leitern und Finanzleuten wurden diese Besprechungen auch am Dienstag nachmittag fortgesetzt. Die Verlängerung des deutschen Reichsbankkredits bis zum 4. September ist so gut wie gesichert. Der Kredit läuft ja erst am 4. Juni ab, so daß über gewisse Modalitäten seitens der BIZ. in der Zwischenzeit noch Verhandlungen geführt werden.

Reichsbankpräsident Dr. Luther hat seine Bemühungen auch auf eine weitere Herabsetzung des Zinssatzes gerichtet.

Nachdem der Zinssatz vor einigen Monaten von 7 auf 6 v. H. erniedrigt wurde, hält man nunmehr eine weitere Herabsetzung auf 5 v. H. entsprechend den heutigen liquiden Verhältnissen am Geldmarkt durchaus für am Platze.

Der Jahresbericht der B. I. Z. für das zweite Geschäftsjahr ist bedeutend umfangreicher als der für das erste 1931 Monat umfassende Geschäftsjahr. Der Reingewinn von 15,18 Mill. sfrs. gegenüber 11,19 Mill. sfrs. i. V., woraus, wie gemeldet, wieder 6 Prozent Dividende verteilt werden, ergibt sich nach Abschreibung der durch Währungsentwertung entstandenen sowie anderer Verluste und nach Bereitstellung von Mitteln für weitere unvorhergesehene Ausgaben. In der Jahresabschlussbilanz sind alle Währungen zu dem oder unter dem nach dem 31. März 1932 geltenden wenig günstigen Marktkurs bewertet und alle Aktiven zu den oder unter den etwaigen Marktnotierungen bzw. Einstellungspreisen. Buchgewinne an entwerteten Währungen sind in der Berechnung des Gewinns nicht miteinhalten oder auf ein besonderes Zwischenkonto gebucht worden. Von den von der Bank am 31. März 1932 gehaltenen gesamten Sicht- und kurzfristigen Einlagen entfallen 67,6 Prozent auf Dollar, 15 Prozent auf französische Franken, 4,6 Prozent auf Reichsmark und der Rest von 12,8 Prozent auf verschiedene Währungen, von den langfristigen Einlagen lauten 77 Prozent auf Reichsmark (Guthaben auf Treuhänderkonten und

Einlagen der deutschen Regierung) und 23 Prozent auf Dollar. Diesen RM-Einlagen stehen Anlagen in Deutschland gegenüber, die sich außer dem Reichsbankkredit von 22,5 Mill. Dollar auf 29,2 Prozent der gesamten Anlagen stellen. Von diesen waren 85,9 Prozent (1931: 41 Prozent) bei Zentralbanken plaziert, 10,8 (20) Prozent bei von Zentralbanken ausgewählten Bankinstituten und der Rest von 3,3 (39) Prozent bei oder durch Institute, die von der B. I. Z. mit Wissen der interessierten Zentralbank ausgewählt wurden. Von dem Kapital von 500 Mill. Schw. Fr. in 200 000 Aktien waren am 31. 3. 1932 6000 begeben, die mit 25 Prozent gleich 108,5 Mill. Schw. Fr. eingezahlt sind. Die restlichen 26 400 Aktien werden in diesem Monat durch die sieben Gründerbanken übernommen.

Der zweite Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich beschäftigt sich eingehend mit der allgemeinen wirtschaftlichen und der besonderen monetären Lage in der Welt, die sich widerspiegelt in der Entwicklung der Bank, an die bei jedem neuen Ergebnis herangetreten wurde. Sie hat auch bewirkt, daß die BIZ. im Laufe des Jahres tatsächlich mehr und mehr ein Instrument für die Zusammenarbeit der Zentralbanken und eine Zentralstelle für die Devisenbestände geworden ist. Bis zum Hooveratorium konzentrierte sich die Bank auf ihre üblichen Aufgaben und war namentlich bemüht, dabei mitzuwirken, die überreichliche und gefährliche internationale Ansammlung kurzfristigen Kapitals in den Kanal längerfristiger Kredite zu leiten. Im Rahmen ihrer Möglichkeit hat die BIZ. die Gewährung von mittelfristigen Krediten geprüft, in erster Linie, um andere in dieser Richtung zu ermutigen. Ferner wurden sorgfältige Untersuchungen über die Schaffung einer internationalen Organisation außerhalb der Bank für Gewährung langfristiger Anleihen angestellt. Die BIZ. beteiligt sich deshalb auch an der Zeichnung langfristiger Schuldverschreibungen der neugegründeten Internationalen Bodenkreditbank Basel und der Internationalen Credit Compagnie Amsterdam. Infolge der starken Abzüge kurzfristiger Kredite aus Mitteleuropa und Deutschland mußte die BIZ. in enger Zusammenarbeit mit den Notenbanken Stützungsassyndikate organisieren. Von den durch diese gegebenen kurzfristigen Krediten war lediglich der der Bank von Danzig am Ende des Geschäftsjahres vollständig und rechtzeitig zurückgezahlt.

Die Ergebnisse des zweiten Geschäftsjahres haben gezeigt, daß die internationale Verbundenheit der Währungssysteme eine vollendete Tatsache ist. Das gleiche gilt von der gesamtwirtschaftlichen Struktur der verschiedenen Länder. Jede Hoffnung darauf, daß ein Land der Welt abseits von den übrigen zu Wohlstand gelangen könnte, steht auf schwachen Füßen.

Die internationale kurzfristige Verschuldung, die zu Anfang des Jahres 1931 mehr als 50 Milliarden sfr. betrug, ist durch Rückzahlung um mehr als 30 Milliarden sfr.

zurückgegangen, ein Zeichen für die dem Wirtschaftssystem innewohnende Widerstandskraft. Bei der Wiederherstellung der allgemeinen Kreditstruktur wird die Zusammenarbeit der Zentralbanken förderlich sein; aber die wirkliche Lösung der bestehenden Probleme erheischt eine entschlossene und gemeinsame Aktion der Regierungen.

Der GV. der Vereinigten Strohstoff Fabriken in Dresden wird vorgeschlagen, den in 1931 erzielten Reingewinn von 0,645 Mill. RM vorzutragen, während im Vorjahr aus 0,286 Mill. RM noch 8 Prozent Dividende verteilt wurden.

In der GV. der Lerche und Nippert Hoch- und Tiebau A.G., Berlin, wurde auf Antrag eines Großaktionärs, der Bremen-Amerika-Bank, die Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für 1931 ausgesetzt.

Berliner Produkten-Börse

Table with 2 columns: Commodity Name and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Metall-Börse

Table with 2 columns: Metal Name and Price. Includes items like Kupfer, Zink, Eisen, etc.

Leipziger Börse vom 10. Mai. Die Tendenz war best freundlicher. Es lagen wieder einige kleinere Kaufaufträge vor. Leipziger Fein-, Serie 3, gewonnen 7 RM, Gehlenmehl 2 Prozent, Höfner Juter, Thüringer Wolle je plus 1 Prozent, Dagegen gaben Gebr. Schönberr und Stöhr je ein Prozent bei. Die Stimmung am Anlagemarkt war fester.

Leipziger Produktenbörse vom 10. Mai. Weizen 72-73 1/2 295-270; Weizen 75 1/2 275-275; Weizen 77-78 1/2 275-290; Roggen 73 1/2 210-220; Rufenroggen 210-212; Sommergerste Brauware 190-205; Futter- und Industrieerze 180-200; Wintergerste 180-190; Hafer alt 161-171; Mais La Plata 175-180; Mais Donau 172-174; Mais cinquantin 190-192; Wintererbsen 190-220; Weizenmehl 11-11,5; Roggenmehl 10,75-11; Weizenmehl 42-43,5; Roggenmehl 30,5-32.

Dresdner Börse

Table with 2 columns: Bond Name and Price. Includes items like Anleihen bis 100 Mark Nennwert, Aktienkurse in Reichsmarkproz.

Deutsche Staatspapiere

Table with 2 columns: Paper Name and Price. Includes items like GDI, Wrb. Anl., v. 32, 7 Df. Reichsanl. v. 27, etc.

Schuldverschreibungen

Table with 2 columns: Bond Name and Price. Includes items like 5% Dresd. Gde. u. Hyp., A Cpb., etc.

Eisenbahn- u. Transport-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Dsch. E.B. Gesellschaft, Speicherei Riesa.

Bank-Aktien

Table with 2 columns: Bank Name and Price. Includes items like Allg. D. Kred.-Anst., Braubank, etc.

Papier-, Papierstoff- u. Photogr.-Artikel-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Dresdner Chromo, Heidenauer Papier, etc.

Maschinenfabrik- u. Metall-Industrie-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Loschwiller Kart., Schnellpressen, etc.

Elektr. Unternehmungen-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Bergmann, Elektra, etc.

Nähmaschinen- u. Fahrrad-Fabriken

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Clemens Müller, Nähmaschinen, etc.

Brauereien, Malz- und Spirit-Fabriken

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Löbauer Brauerei, Bautzner, etc.

Porzellan-, Ofen- und Chamottefabrik-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Huttscherreuther, Kahla, etc.

Glasfabrik-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Kamen, Stealit Magnesia, etc.

Festtextilindustrie-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Leunow, Zwilch, Dittler-Zerler, etc.

Verschiedene Industrie-Aktien

Table with 2 columns: Company Name and Price. Includes items like Heilberg, von Heyden, etc.

Kampf gegen Bakterien und Ungeziefer

Gelehrter Krieg zu Wasser, in der Luft und auf dem Lande

Trotz Friedenspakt und Abrüstungskonferenzen führt Deutschland einen erbitterten und hartnäckigen Krieg, der sich über Wasser, Luft und Land erstreckt und sich gegen Trilliarden von Feinden richtet, die auf diesem dreifachen Wege Volksgesundheit und Wirtschaft angreifen und schädigen. Diese feindliche Macht stellt das Ungeziefer und das unsichtbare Heer der Bazillen, Bakterien, Säuren und Gase, die in Wasser und Luft enthalten sind. Es ist ein Krieg, der zu gleichen Anteilen mit den Waffen der Wissenschaft und der Industrie geführt wird. Der Generallstab dieses Feldzuges sind ungefähr 50 wissenschaftliche Mitarbeiter, die sich aus Vertretern der Chemie und Physik, der Bauingenieurwissenschaft, Medizin, Pharmazie, Biologie und Zoologie zusammensetzen, unter Leitung des Geheimen Medizinalrates Prof. Dr. Veninde, der zugleich Referent im Ministerium für Volkswirtschaft ist. Ihr Hauptquartier, ein imposanter, langgestreckter, gelblicher Bau, herrlich zwischen den alten Bäumen und Parks von Berlins Gartenstadt Dahlem gelegen, ist die „Staatlich Preussische Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene“.

Diese Anstalt wurde 1901 gegründet. Sie hatte damals einen noch längeren Namen: „Königl. preuss. Prüfungs- und Versuchsanstalt für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung“; und doch war ihr Aufgabengebiet damals viel enger begrenzt. Es umfaßte, wie schon der Name sagt, nur die Hygiene des Wassers.

Das mächtige Anwachsen der Städte und der Industrien in den letzten zwei Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hatte natürlich die Anforderungen an die Beschaffung ausreichenden Trink- und Brauchwassers sehr gesteigert und zugleich die Frage der Ableitung der verbrauchten Wasser aufgeworfen. Wassergewinnung durch Erschließung von Grundwasserschichten und Wasserreinigung machten keine wesentlichen Schwierigkeiten. Rattos fand man jedoch eine Forderung der Beseitigung der in Haushalt und Industrie sich bildenden Abwässer gegenüber. Mehrere Städte und Industrien wandten sich deshalb mit dem Ersuchen um ein Institut, das all diese Schwierigkeiten wissenschaftlich bearbeitet und lösen würde, an das Ministerium. Ihre Eingabe hatte Erfolg. Allerdings ist der heutige Bau in Dahlem erst viel später entstanden.

Es ergab sich fast zwangsläufig, daß zu dem Spezialinteresse der Wasserhygiene auch die von Luft und Boden hinzutrat. Vielfach lassen sich die Gebiete kaum trennen. In der Nähe von Lümpeln ziehen Schwärme von Mücken durch die Luft. Ihre Eier legen sie im Wasser ab, die Insekten selbst sind sozusagen eine „Luftplage“. Auch Verunreinigungen durch die Industrie erstrecken sich oft gleichzeitig auf die Luft, durch Rauch, Staub, Gase, wie auf das Wasser.

Um ihr allseitiges Aufgabensfeld voll ausfüllen zu können, sind in der „Landesanstalt“, wie sie kurz genannt wird, sechs besondere Abteilungen vereinigt: zwei chemische, die technische, hygienisch-bakteriologische, biologische und zoologische. Es gibt eine wasser- und luftchemische Abteilung. In der ersteren werden Wasser auf ihre Verwendbarkeit für den menschlichen Genuß, für die Speisung von Dampfmaschinen, auf ihre Verhältnisse gegen die verschiedenen Metalle der Leitungen, z. B. Eisen, Zinn, Blei, geprüft. Der Raie pflegt von Wasser kaum in der Mehrzahl zu reden. Aber hier erzählt er, daß es „Wasser“ gibt; Grund-, Quell-, Oberflächenwasser, je nach ihrer Gewinnung, kalkreich oder hart, kalkarm oder weich, eisenhaltig, laure Wasser je nach ihrer Beschaffenheit. Diese naturgegebenen Eigenschaften sucht man zu korrigieren. In besonderen Anlagen kann Wasser „entleitet“, entsäuert, entbleit werden. Wasser kann auch „auf chemischem Wege“ gereinigt werden. Entweder durch Chlor, wie es z. B. in Schwimm-

anstalten meistens geschieht, oder durch ultraviolette Bestrahlung, ein Verfahren, das neu, hygienisch, praktisch, aber — sehr teuer ist. Es gelangt teilweise auf Schiffen zur Anwendung, in größerem Maßstab haben es sich reiche amerikanische Klubs zur Probe gemocht. Die sehr interessante Lehrsammlung, die der Anstalt angeschlossen ist und die sich zu einem besonderen Museum auszuwachsen plant, zeigt verschiedene Modelle von Wasserklärungsanlagen. Die ältere, die sogenannten „Tropfkörperanlage“, bei der die Filterung durch Koksfilter erfolgt, und eine neue, „Elektroflammenverfahren“ genannt, in der man — es klingt paradox — das Wasser durch seine eigenen Bazillen reinigen will.

Der Feldzug gegen die Bazillen und Bakterien gehört jedoch schon in die bakteriologische Abteilung. Rein äußerlich unterscheiden sich diese Abteilungen nicht wesentlich voneinander. Es sind geräumig-helle Zimmer, angefüllt mit Flaschen, Gläsern, Ampullen, Waagen, geheimnisvollen Geräten und Apparaten und dem eigentümlichen Geruch, der allen Laboratorien der Welt eigen zu sein scheint. Auch in dieser Abteilung hantieren einige Herren und Damen in weißen Kitteln. Sie sehen nicht nur wie Kerze aus — sie sind es auch. Jeder, der in der bakteriologischen Abteilung arbeitet, muß sein Examen als approbierter Arzt bestanden haben. Hier werden Wasserproben, die aus den verschiedensten Teilen des Reiches kommen, auf Bazillen und damit auf ihre gesundheitschädliche Wirkung untersucht. D. h. genau gesagt, kommen die Proben nicht, sie werden von den Herren selbst abgeholt, da sich die Bakterienzahl auf dem Transport sehr vermehren oder vermindern kann. Die Wasserproben werden in Verbraucherschalen gefüllt, die mit einem Bakteriennährboden ausgefüllt sind. Dieser Boden besteht aus Gelatine oder Agar, einer japanischen Pflanzenfaser, und wird zur besseren Behandlung schon bunt gefärbt. Die gefüllten Schalen wandern dann in Brutkammern, die elektrisch in einer bestimmten Temperatur gehalten werden, und werden alle 18—24 Stunden beobachtet. Zeigt sich auf dunkelrotem Grund eine metallgelbe Bildung, kann man auf Bakterium coli schließen, eines der bekanntesten und gefürchtetsten, da es wichtige Rückschlüsse auf die Wasserbeschaffenheit zuläßt. Sehr gefährlich sind Milzbrandbakterien, die in den Abwässern größerer Gerbereien vielfach auftreten und zum Teil von aus dem Ausland eingeführten Häuten herrühren. Am der Infektionsgefahr zu steuern, werden bei uns die Häute von an Milzbrand erlegenen Tieren in voller Höhe erstickt.

Aber auch mit der Bazillengefährdung und -beseitigung ist die „Wasserfrage“ für das Institut und die Allgemeinheit noch nicht erschöpft. Es gilt noch andere Feinde zu vernichten, die Muscheln, Algen, Krebse, Pflanzen des Wassers, denen sich die zoologisch-botanische Abteilung widmet. Die Lehrsammlung zeigt auch von ihnen sehr anschauliche Bilder und Naturmodelle. Dreiecksmuscheln in biden Dolden, die in den Rohren wuchern und sie mit der Zeit verstopfen, Bohrmuscheln und Krebse, die Holz und sogar Stein zerfressen. Nur ein besonders präpariertes, aber sehr teures und darum praktisch noch nicht bedeutendes Holz vermag ihnen zu trotzen, das Greenheartholz. Die Lebensbedingungen der Tiere, die Arten, sie zu beseitigen, werden hier festgelegt. Methoden, sie zu verhalten, ausprobiert. Im Garten des Hauses ist zu Studienzwecken ein großes Aquarium angelegt.

In seiner unmittelbaren Nähe befindet sich die „Rattenrotunde“ — ein kreisförmiger Drahtkäfig, dessen Inneres mit Gestein und Gemäuer zu einem wahren Rattenparadies ausgestaltet ist. Hier werden teils Ratten zu Versuchen gezüchtet, teils Rattengifte und Vertilgungsmittel erprobt. Die Ratte ist neben der Wanze der Hauptgegner der „Reinigungsgezielter“, mit welcher schöner Bezeichnung diese Abteilung vorliebnehmen muß. Sie hat auch die Rattenbetäubungstage für das

ganze Reich eingeführt. Der Rattenkrieg kennt mehrere Waffen, Gifte, Gase und die bakteriologische Bekämpfung durch Seuchen unter den Tieren. Schiffe geht man mit Blausäure aus, auch in den Hafenstädten, in denen man sich vor der Rattenplage keinen anderen Rat weiß, wird Gas benutzt.

Nicht geringer als die Rattenplage ist die Wanzenplage. Nach genauen Erhebungen sollen z. B. 70 Prozent aller Berliner Wohnungen verwanzt sein. Breslau und Königsberg diesen ansehnlichen Hundertfach noch übertrumpfen. Wenn man bedenkt, daß eine Wanze bei gewöhnlicher Zimmertemperatur ein Jahr lang ohne Nahrung leben kann, bei Kälte noch länger, versteht man, daß man diesen Tieren nur schwer beikommen kann.

Zu ihnen gesellen sich als „Dritte im Bunde“ die Insekten, besonders Mücken, Fliegen, Wespen. In unzahligen Mengen kann man sie in Kästen aufgespießt betrachten. Und der Raie erzählt mit Staunen, daß es 40 Arten allein Stechmücken gibt, denen die erbitterte Gegnerschaft vor allem der Kurorte gilt, und daß die winzige Kriebelmücke Großvieh töten kann, da sie zu Millionen auftritt. Gegen die Stechmücke hat die Anstalt ein Despräparat gefunden, das auf die Wasseroberfläche gesprüht, die Larven tötet. In elektrisch geheizten Kästen kriechen Schaben einher, in wassergefüllten Töpfen haufen Motter, Läuse, Flöhe — es ist keine appetitliche Umgebung!

Wiel sympathischer ist das 1920 gegründete Luftchemische Laboratorium, das sich mit der Verunreinigung bzw. der Reinigung der Luft von gasförmigen und festen Körpern befaßt, Säuren, Staub-, Schmutzteilchen. Nur ein Beispiel dafür, wie groß Schäden dieser Art sein können: Der Kölner Dom ist teilweise hochgradig baufällig, durch — Einwirkung säureförmiger Gase. Luftfilter und Entstaubungsanlagen sollen Beseitigung bringen. Manche Industrieanlagen verfügen bereits über in den Schornsteinen eingebaute elektrische Entstaubungsanlagen. Ein Lufthygienegesetz existiert bisher jedoch noch nicht.

Von den verschiedensten Seiten, von Industriellen, von Städten, von Kurorten, von Rittergütern wird die Anstalt um Hilfe angegangen. Denn ihre Tätigkeit ist nicht nur eine wissenschaftlich-forschende, sondern auch eine gutachtlich-beratende. Im letzten Jahre hat sie allein 7000 Gutachten gegeben. Diese Gutachten sind gebührenpflichtig, schwanken gewöhnlich zwischen 50—100 Mark und tragen sehr viel zum Unterhalt der Anstalt bei.

Halbjährlich veranstaltet das Institut 6—14tägige Unterweisungskurse, die von Kreisärzten, Kulturbaubeamten, Stromanbau- und Gewerbeaufsichtsbeamten, Beamten industrieller Unternehmungen und Brunnenbauern besucht werden, mit einem Examen abschließen und bis jetzt ca. 1000 Schüler haben. In der umfangreichen Bücherei des Institutes ist fast sämtliches Fachmaterial vorrätig, 150 Zeitschriften und Tausende von Büchern vermitteln das theoretische Wissen.

Zur Lösung bestimmter Sonderfragen arbeitet das Institut mit verschiedenen anderen Anstalten zusammen: mit der Biologischen Landesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, der Geologischen Landesanstalt, der Landesanstalt für Gewässerkunde und der für Fischerei in Friedrichshagen; ferner den Flußuntersuchungs- und Beratungsstellen.

Ellie Tschauer.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Dr. G. Decker, Dr. Veninde, Dr. Speck und Angelegen: G. Hinkel, beide in Dresden, Postfach 11. Druck und Verlag: Germania, Dresden.

Bei unerwartetem Besuch kommt die praktische Hausfrau nicht in Verlegenheit, denn ihre Vorratsofene enthält den von allen Gästen gern gegessenen

Füllhuf-Zwimmbad

!!! Für Herren !!!
Gelegenheits-Posten
In guter Kleidung zu **staunend billigen Preisen:**
Sakko-Anzüge, Kammgarn, ab **19.-**
Sport-Anzüge, neueste Must., ab **14.-**
Mäntel, für Übergang ab **18.-**
Mäntel, Impr., Trench-Coats . . . ab **12.-**
Hosen, Stoff und Streifmuster . . ab **2.50**
Hosen, Knickerbocker ab **3.95**
Bekleidungs-geschäft „Ideal“
Dresden
Pillnitzer Straße 25

Gasthof Rockau
Idyllisches Ausflugsziel bei Dresden

Zum Wochenende
empfiehlt
Hotel Weißes Roß, Bautzen
besonders billige Übernachtung in neuzeitlich eingerichteten Zimmern.
Behagliche Gasträume, Auto-Garagen.

Verlobungs- und Vermählungs-Anzeigen
in die Pfingstausgabe unserer Zeitung
bitten wir zwecks geschmackvoller Ausföhrung und guter Blacierung uns rechtzeitig aufgeben zu wollen.

Ihr Bruch
wird nicht zurückgehalten, Ihr Bruchband ist Ihnen unerträglich. Hat der Arzt ein Bruchband verordnet, dann gehen Sie nicht achlos an der neuesten Erfindung vorbei. Das „Hella“-Band D. R. G. R. ist ohne Feder, ohne Schenkelriemen, ohne Stahl- oder Eisenbügel. Reiarziale, verstellbare Pelotte, welche die Bruchpartie vollkommen schließt. Nur Rahmankonstruktion. Durch Tag- und Nachttragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geheilt. Garantieschein — 14tägige Probezeit! Nach-Bandagen von M. R. 12.— an. Für alle Bruch- und Vorfall-Leidende kostenlos zu sprechen in **Großenhain: Hotel Goldene Äugel, Donnerstag, 12. Mai, 4—7 Uhr. — Dresden: Hotel Sächsischer Hof, Struöwerstr. 18, Freitag, 13. Mai, 9—6 Uhr. — Melken: Hotel Hamburger Hof, Sonnabend, 14. Mai, 9—2 Uhr. — Romsen: Hotel Stadt Dresden, Dienstag, 24. Mai, 1/4—7 Uhr. — Wischofswerda: Hotel Gold. Engel, Mittwoch, 25. Mai, 9—1 Uhr. — Bautzen: Hotel Reichspost, Freitag, 27. Mai, 1—8 Uhr. — Wena: Hotel Schwarzer Adler, Sonnabend, 28. Mai, 1/2—1/2 Uhr.**
E. A. Steinberg, Spezialbandagist, Freiburg i. Br.

Paramenten - Goldstickerei - Kunststopterei
Maria Runge, Bautzen, Löbauer Straße 9
Neuanfertigung, Ausbesserung, neuwertig. Arbeit

3 schöne Zimmer, Balkon, große Diele, Innenklosett, Badezimmer, Kücheneinrichtung, für 100, zu vermieten. Preis 60 Mk. Nur pünktl. Zahler. Ver. 8-1/2-10 und 1-4 Uhr Dresden, Borsbergstraße 14, III. l.

Reisende
finden in **Leipzig**, Keilstraße 18, III. lks. 5 Min. vom Hauptbb. ruh. bill. gut. saub. Unterk.

Welche kindert. aufricht. mirschl. kath. Dame, Alter ca. 35 J., kann meinen Kind, die Mutter erseh. und mir ein treuer Kamerad u. Stütze sein? Liebe in geordn. Verh., von ang. Beruf, in geb. Stell. Gest. Zuschr. mit gen. Darl. d. Verh. unt. 506 an die Geschäftsstelle d. V. Strengste Verschw. zugest.

Schriftlichen Gedankenaustausch
wünscht ernste, einsam lebende Dame Anf. 30, gut. solid. Verhältn. entstammend, mit nur gebild. kath. Herrn, reifer Charakter, bis 50 J. alt. Werte Zuschr. erb. unter 2111 an die Gesch. d. V.

1300 - Stahl- u. Holz-Betten
Schlafzimm., Kinderbetten, Stahlmetr., Polst., Chaisel., an jeden Teilzahlung. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Stahl (Thür.).

Dr. jur. C. Bachmann
übernimmt alle Rechtssachen bei weitestem Entgegenkommen in der Kostenfrage
Dresden, An d. Kreuzkirche 1, Ecke Altmarkt
Sprechzeit: 9—12 Uhr, 3—6 Uhr
Fernsprecher 16308

Dresdner Theater

Opernhaus Donnerstag Anrechtorelle B Gasparone (9) Freitag Nuber Anrecht Wälderdingung (5.30) WB. Or. 1 1—100, 8501 bis 8800, 10501—10500	Freitag Der Mann mit den grauen Schläfen (8.12) WB. Or. 1 7001—7100
Schauspielhaus Donnerstag Für den Verein Dresden. Volksbühne. Kein Hüfl. Kartenerkauf. WB von Verköhlingen (7.30)	Freitag Sommerparade (9) WB. Karten in der Geschäftsstellen
Freitag Anrechtorelle B WB von Verköhlingen (7.30) WB. Or. 1 5501—5500, Or. 2 1—50	Central-Theater Donnerstag Böhmische Ruchanten (8) WB. Or. 1 5801—5900, Or. 2 701—750
Die Komödie Donnerstag Quadratur des Kreises (8.15) WB. Or. 1 6701—6800, Or. 2 251—275	Freitag Gastspiel Rich Schull Liebling arien (8) WB. Karten nur in der Geschäftsstellen